

Energiewende in Gefahr



Kommunalpolitiker wie Landrat Hannörg Zimmermann (4.v.l.) und Ebermannstadts Bürgermeisterin Christiane Meyer (4.v.r.) sowie Energieexperten wie Heiligenstadts ehemaliger Bürgermeister Helmut Krämer (2.v.l.) und Markus Ruckdeschel (rechts) von der Energieagentur Nordbayern wetterten gegen die neuen EEG-Gesetze der Bundesregierung. Foto: Athina Tsimplostefanaki

PROTEST Kommunalpolitiker und Energieexperten warnen in Poxstall vor massiven Folgen geplanter Gesetze.

Uwe Wuttke

Der Ort für den Pressetermin war gut gewählt, die Aussagen klangen dramatisch – und wohl zu Recht. Das „Aktionsbündnis Energiewende Nordbayern“ hatte an den Solarpark Poxstall bei Ebermannstadt geladen, um auf die Gefahren, die durch die aktuellen wie umstrittenen Gesetzesvorhaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie hinzuweisen. Diese sollen in den kommenden Wochen und Monaten die verschiedenen Stufen des Gesetzgebungsverfahrens im Bund durchlaufen und werden nach Ansicht des Aktionsbündnisses die Energie-wende in ihren Grundfesten aushebeln.

Und genau dagegen wandten sich in Poxstall unter anderem Ebermannstadts Bürgermeisterin Christiane Meyer (NLE), deren Gemeinde massiv von den geplanten Änderungen betroffen wäre, Landrat Hannörg Zimmermann (FW), Heiligenstadts ehemaliger Bürgermeister Helmut Krämer, ein Pionier der Windenergie in der Region, sowie Markus Ruckdeschel von der Energieagentur Nordbayern.

Das von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche vorgelegte und heiß diskutierte neue Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2027 sowie die Pläne zum Netzpaket 2026 sehen radikale Einschnitte vor. Der umstrittenste Punkt der Reform ist das geplante Ende der staatlichen Einspeisevergütung für neue kleine Photovoltaikanlagen (bis 25 kW Leistung) – also auf Hausdächern. Und es gibt unter anderem keine Entschädigung bei Netzüberlastung. Dies betrifft zum Beispiel vorhandene Solarparks wie in Poxstall beziehungsweise geplante Windanlagen wie die Lange Meile Süd oberhalb von Ebermannstadt. Denn in Gebieten mit Netzengpässen sollen die Betreiber von Wind- und Solarparks ihren Anspruch auf Entschädigung (Redispatch-Vorbehalt) verlieren, wenn ihr Strom nicht abgenommen werden kann. Zudem könnten sich Investoren an den Kosten für den Netzausbau beteiligen müssen.

„Stattdessen will Ministerin Katherina Reiche Gaskraftwerken eine Entschädigung zahlen“, erklärte Meyer in Poxstall empört. Deshalb sind für Markus Ruckdeschel die geplanten Gesetze „ein Treppenwitz der Geschichte, der die Kommunen, die sich für die erneuerbaren Energien einsetzen, nackt im Regen stehen lässt“. Der im Netzpaket geplante Redispatch-Vorbehalt würde schon ab 2027 den Aufbau der Erneuerbaren Energien zum Erliegen bringen. „Es wäre auch das Aus für schon geplante Projekte“, warnte Ruckdeschel. Allein in Oberfranken seien rund 100 Anlagen gefährdet. Bei Investitionen von rund zehn Millionen Euro pro Anlage gehe das in die Milliarden.

Genau aus solchen Gründen will das „Aktionsbündnis Energiewende Nordbayern“ gegen die geplanten Gesetze mobil machen. „Denn diese Pläne werden unserem Land und unserer Volkswirtschaft schweren Schaden zufügen“, waren sich alle Beteiligten des Treffens in Poxstall einig. Und auch den Kommunen, die sich wie Ebermannstadt mit bisher 350.000 Euro für die Planung der Langen Meile Süd beteiligen, drohen große finanzielle Schäden. Dabei hatte das Wind-an-Land-Gesetz (WaLG), das weiter besteht, die Länder und Kommunen unter Druck gesetzt, denn bis zum 31. Dezember 2027 müssen die Länder mindestens 1,4 Prozent ihrer Fläche für Windkraftanlagen ausweisen, bis Ende 2032 zwischen 1,8 und 2,2 Prozent.

Zudem sieht das Aktionsbündnis, dessen breite Basis aus Unternehmen, Verbänden, Kommunalpolitikern sowie Klimaschutz- und Bürgerenergie-Aktivisten besteht, große Verluste in der regionalen Wertschöpfung von bis zu 45 Millionen Euro, durch möglicherweise nicht realisierte Windkraftanlagen. Weshalb verschiedene Forderungen und Argumente aufgestellt werden, „denn fossile Energien machen abhängig von nicht freundlichen Ländern“, meinte Barbara Gabel-Cunningham von der Energie- und Klima-Allianz Forchheim mit Blick auf Kriege und die politische Entwicklung in den USA.

„Der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern muss beschleunigt werden. Heimische erneuerbare Energien schützen vor Preisexplosionen und politischer Erpressbarkeit“, heißt es in einem entsprechenden Papier. „Es geht zu viel Geld in die fossilen Energien und damit auch in lupenreine Demokratien“, befand Emmerich Huber von der Energie- und Klima-Allianz sarkastisch. Das hemme den Ausbau der erneuerbaren Energien, die doch auch für eine Wertschöpfung vor Ort sorgen. Weshalb der Redispatch-Vorbehalt nicht umgesetzt werden dürfe, weil er einen Ausbaustopp für Windanlagen bedeute. „Stattdessen braucht es mehr Tempo bei Netzausbau, Effizienz und Flexibilität.“ Zudem werden unter anderem Sonderausschreibungen speziell für Windkraft in Süddeutschland gefordert. Und das im EEG verankerte Referenzertragsmodell (REM), das die Höhe der staatlichen Förderung an die Standortgüte einer Windkraftanlage anpasst, „sollte erhöht statt gesenkt werden, damit Windparkprojekte in Bayern wirtschaftlich wettbewerbsfähig bleiben, gegenüber Windparks im Norden.

Die Gesetzesentwürfe des Wirtschafts- und Energieministeriums beschädigen auch das Vertrauen der Bürger in die Politik, hieß es. Schließlich sollen nicht nur in Ebermannstadt Bürger-Windparks entstehen, durch die finanzschwache Kommunen erhebliche Einnahmen erzielen können. „Der Bürger soll so einen Vorteil in Windanlagen sehen. Weil das Geld in die Gemeinde fließt und auch direkt zu den Bürgern, die Flächen zur Verfügung stellen“, sagte Christiane Meyer. „Wir haben die Verantwortung übernommen. Wir hatten keine Zweifel, dass daran irgend etwas wackelt.“ Es gebe Verträge und den Bürgern wurde viel versprochen. Das alles sei jetzt gefährdet, das Vertrauen in die erneuerbaren Energie werde so zerstört.

Auch für Helmut Krämer ist die derzeitige Entwicklung „eine ganz, ganz große Enttäuschung, denn die 432 Bürgermeister in den Gemeinden, die einen Bürgermeistersappell zu Gunsten der Windenergie unterschrieben haben, wollen alle, aber sie dürfen nicht.“ Landrat Zimmermann sieht einen „großen Vertrauensverlust“. Jahrelang habe man in Bayern die Windkraft „verteufelt, aber die Überzeugung ist gereift, das macht Sinn.“ Jetzt seien die Gemeinden in Vorleistung gegangen – wie Ebermannstadt 2022. Vier Jahre intensive Auseinandersetzung mit Befürwortern wie Gegnern habe es gegeben. „Und jetzt kommt die Ohrfeige“, so Zimmermann.
